

Protokoll:

Herr Beigeordneter Flöck schlägt vor die Anregungen der Ortsbeiräte zusammen mit den entsprechenden Anträgen der Grünen zu behandeln.

Nr. 3: G-Ost-02:

Herr Beigeordneter Flöck und 61 Herr Hastenteufel führen aus, dass die Verwaltung bereits dem Vorschlag des Ortsbeirates zur Fläche „G-Ost-02“ gefolgt sei und diese mit dem Beschluss zu dem Entwurfsvorschlag der Flächen „W-AB-02“ und „SO-Ost-01“ bereits verworfen wurde.

Nr. 4: G-Ost-03:

Herr Beigeordneter Flöck führt aus, dass die Verwaltung die Fläche aufgrund der schlechten Busanbindung sowie des Wasserschutzgebietes für P+R als nicht geeignet sieht. Der Ortsvorsteher von Arenberg / Immendorf Tim Michels entgegnet, dass der Ortsbeirat seit längerer Zeit einen Ort für eine P+R-Anlage sucht und schlägt vor einen Teil der Fläche zumindest als Platzhalter in den FNP zu übernehmen. Ratsmitglied Herr Torsten Schupp regt die Fläche als Mitfahrerparkplätze an und verweist auf zukünftige Mobilitätskonzepte. Daher sollte die Fläche als Platzhalter in den FNP übernommen werden. Ratsmitglied Frau Lipinski Naumann erklärt, dass sich das P+R-Konzept im Flächennutzungsplan wiederfinden sollte. Ratsmitglied Herr Edgar Kühenthal schließt sich der Meinung des Ratsmitgliedes Torsten Schupp. Darüber hinaus gäbe es in Arenberg durch Arbeitnehmer bereits einen hohen Parkdruck der abgemildert werden könnte. 61 Herr Hastenteufel erwidert, dass der Parkplatz eine hohe Distanz zur Ortslage aufweist und daher nicht zur Abmilderung des Parkdrucks beitragen würde. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität lehnt die Anregung des Ortsbeirates mehrheitlich mit sieben ja-Stimmen, zehn Gegenstimmen und einer Stimmenenthaltung ab.

Nr. 5: G-Ost-07:

Herr Beigeordneter Flöck und 61 Herr Hastenteufel erläutern, dass die Stadtverwaltung der Anregung des Ortsbeirates folgt und vorschlägt diese Fläche in den FNP zu übernehmen. Ratsmitglied Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch erläutert, dass es seitens der Grünen zu dieser Fläche noch keinen Antrag gibt, da noch kein naturschutzfachliches Gutachten zu diesem Gebiet vorliegt. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt der Anregung des Ortsbeirates einstimmig ohne Stimmenenthaltung zu.

Nr. 8: Ortsteilverbindungsstraße:

Ratsmitglied Frau Lipinski Naumann erklärt, dass sie SPD der Anregung Ortsbeirat folgt falls das Konfliktpotential mit den Belangen der Umwelt nicht „sehr hoch“ ist. Herr Beigeordneter Flöck stellt fest, dass Bau der Trasse eine Verfestigung des Schleichweges über den Asterstein wäre. Der Ortsvorsteher von Arzheim Wolfram Wilde erläutert, dass der Ho-Chi-Minh-Pfad schon heute als Schleichweg genutzt wird um in die Stadt zu kommen. Wenn die geplanten Wohnbauflächen in Niederberg, Arenberg und Immendorf realisiert werden wird sich das Verkehrsaufkommen in Ehrenbreitstein erhöhen sodass voraussichtlich mehr Menschen aus Arzheim auf den Schleichpfad ausweichen werden. Durch die Realisierung eines Teilstücks der alten Ortsteilverbindungsstraße kann der Verkehr dabei aus dem Wohngebiet in Asterstein herausgehalten werden. Ratsmitglied Herr

Torsten Schupp schlägt vor die Straße als Platzhalter im FNP zu lassen um sich die Möglichkeit eines Ausbaus offen zu halten. Herr Beigeordneter Flöck entgegnet, dass ein Teilausbau zusätzliche Probleme in Arzheim selber schaffen würde, da die Infrastruktur in Arzheim für die neue Verbindung unzureichend bleiben würde. Daher wäre direkt ein Vollausbau notwendig. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität lehnt die Anregung des Ortsbeirates mehrheitlich mit einer ja-Stimmen, zehn Gegenstimmen und sieben Stimmenenthaltung ab.

Nr. 9.1: Grenze vorgeschlagenes Landschaftsschutzgebiet

61 Herr Hastenteufel erläutert den Begriff des Landschaftsschutzgebietes und beschreibt, dass die Verwaltung der Anregung des Ortsbeirates nicht folgt, da Sie keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten der Bebauung von Arzheim sieht. Darüber hinaus wird ein LSG in einem eigenen Verfahren aufgestellt, in dem wie in jedem ordentlichen Verfahren die Öffentlichkeit beteiligt wird. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität lehnt die Anregung des Ortsbeirates mit neun ja-Stimmen und neun Gegenstimmen ab.

Nr. 9.2: Arrondierung des Landschaftsschutzgebietes

Herr Beigeordneter Flöck erläutert kurz, dass bei einer Zustimmung das Landschaftsschutzgebiet kleiner werden würde. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität lehnt die Anregung des Ortsbeirates mehrheitlich mit acht ja-Stimmen, zehn Gegenstimmen ab.

Nr. 10: Mischbaufläche an der Rhenser Straße

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt der Anregung des Ortsbeirates einstimmig ohne Stimmenenthaltung zu.

Nr. 11: Ehemaliges Waldschwimmbad

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt der Anregung des Ortsbeirates einstimmig ohne Stimmenenthaltung zu.

Nr. 12: Dorferneuerung und Ortskernsanierung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt der Anregung des Ortsbeirates einstimmig ohne Stimmenenthaltung zu.

Nr. 15: 60 ha Beschränkung des Industriegebietes A 61

Herr Beigeordneter Flöck stellt klar, dass die Flächen im Zweckverbandsgebiet nicht unter die 60 ha Beschränkung fallen, sondern dies nur für Flächen um die WTD herum die im städtischen Gelände liegen gilt. Ratsmitglied Herr Andreas Biebricher stellt fest, dass es im Zuge der städtebaulichen Entwicklungsfläche einen sechs-Punkte Plan gibt. In diesem wurde der 60 ha Deckel sowie eine Umgehung der Ortslage Rübenach beschlossen. Da die Umgehungsstraße als Entlastung der Ortslage

so nicht gebaut wird ist die Grundlage einer Erweiterung an sich fraglich. Es wird bekräftigt, dass seitens der CDU nicht mehr als 60 ha zugestimmt wird. Ratsmitglied Herr Torsten Schupp stimmt Herrn Biebricher zu. Er erwähnt das Gutachten von Kocks in dem festgestellt wird, dass es ca. 23 Hektar ungenutzte Gewerbefläche gibt und eine Ausdehnung der Gewerbeflächen schlecht für die Kaltluftzufuhr ist. Bevor die Umgehungsstraße nicht fertig ist wird seitens der WGS keiner weiteren Bebauung zugestimmt. Der Amtsleiter der Wirtschaftsförderung Herr Thomas Hammann erläutert, dass die 60 Hektar aus der Gewerbe- und Industrieflächenbedarfsermittlung stammen. Diesem Gutachten zur Folge fehlen der Stadt Koblenz mittelfristig ca. 60 Hektar Industrieflächen. Hierbei wurde der Bebauungsplan 257f, der nicht Teil des Untersuchungsgebietes ist, in die 60 Hektar Beschränkung inkludiert. Die Flächen westlich der Autobahn A 61 gehörten hierbei nicht dazu. Die Flächen sollten als Platzhalter im FNP bestehen bleiben. Herr Beigeordneter Flöck führt fort, dass die 60 Hektar dem Beschluss des Stadtrates zufolge auf das Untersuchungsgebiet beziehen. Zudem sei die Ortsumgehung als ST-04 in den Flächennutzungsplan übernommen worden. Allerdings sei diese durch die Länge des Weges und die Topographie unattraktiv. Ratsmitglied Herr Andreas Biebricher erwidert, dass durch die Umgehung die L 98 herabgestuft werden und die Aachener Straße mit entsprechenden Maßnahmen unattraktiver gestaltet werden könnte. Herr Hastenteufel schlägt vor, dass seitens der Verwaltung geprüft wird und Vorschläge gemacht werden welche Flächen unter die 60 Hektar Beschränkung fallen und wie diese Flächen aufgeteilt werden. Ratsmitglied Herr Hans-Peter Ackermann schlägt vor die Diskussion zurück zu stellen und weiter über die Flächen zu sprechen. Gegebenenfalls löst sich dieser Punkt dann schon von alleine. Herr Beigeordneter Flöck schlägt vor die Anregung sowie die Gewerbeflächen in Rübenach zu vertagen.